

2. Anlass

2.1 Praxis- und Analysekategorien

Ausgangspunkt dieser vorliegenden Studie war eine Auftragsforschung der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM). Die EKM entstand aus der Zusammenlegung der ehemaligen Ausländerkommission (EKA) und der Kommission für Flüchtlingsfragen (EKF). Als ausserparlamentarische Kommission hat sie den «gesetzlichen Auftrag, sich mit sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen, demografischen und rechtlichen Fragen zu befassen, die sich aus dem Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz ergeben».^{2,3} Dies umfasst Beratung und Grundlagenarbeit, Wissenstransfer, Information der Öffentlichkeit und Integrationsförderung. «Sie berät den Bundesrat und die Verwaltung in Migrationsfragen und veröffentlicht Berichte, Stellungnahmen und Empfehlungen».⁴ Dabei kann sie selbständig Themen setzen oder

-
2. Quelle: Mandatsbeschreibung der EKM: <http://www.ekm.admin.ch/de/ekm/mandat.php>; Stand: 01.04.2011.
 3. Zur Verwendung von Anführungszeichen in dieser Studie: Abgesehen von zwei Ausnahmen werden doppelte «Anführungszeichen» für wortwörtliche Zitate verwendet. Einfache «Anführungszeichen» kennzeichnen entweder eine Distanzierung oder eine Herherbung meinerseits oder – in wortwörtlichen Zitaten – die im Zitat selbst verwendeten Anführungszeichen. *Ausnahme 1: Im Rekonstruktionsteil* (Teil I: Diskursrekonstruktion) und dem korrespondierenden Unterkapitel im Fazit kennzeichnen doppelte Anführungszeichen wortwörtliche Zitate aus dem Datenkorpus. Einfache Anführungszeichen kennzeichnen dabei von mir verwendete Begriffe für diskursimmanente Konzepte, die jedoch im Korpus nicht explizit benannt werden. Aus verschiedenen Gründen wird bei Zitaten aus dem Datenkorpus die genaue Stelle *nicht* angegeben; vgl. zur ausführlichen Begründung dieses Vorgehens den Abschnitt auf S. 104 im Kapitel 5.3.6 (Darstellung der Resultate). *Ausnahme 2: Im Analyseteil* (Teil III) finden sich in den jeweiligen Analysekapiteln (nicht in den Theoriekapiteln) und den korrespondierenden Ausführungen im Fazit Zitate aus wissenschaftlichen Quellen *und* aus dem Datenkorpus. Zitate in doppelten Anführungszeichen mit Angabe des Autors sind Zitate aus der referierten Literatur, solche mit Verweisen in eckigen Klammern Zitate aus dem Korpus.
 4. Quelle: <http://www.ekm.admin.ch>; Stand: 01.04.2011.

erarbeitet diese Stellungnahmen auf Anfragen vom Bundesrat und der Verwaltung hin; im zweiten Fall kann sie nicht selbst über die Veröffentlichung ihrer Empfehlungen bestimmen. Die EKM verfolgt unter anderem Themen wie «Citoyenneté», «Bürgerrecht und Einbürgerungen», «Integration», «Pluralisierung der Religionslandschaft» in der Schweiz sowie «Öffnung der Institutionen».⁵ Mit oben erwähnten Stellungnahmen, Berichten und Empfehlungen stellt die EKM selbst eine Akteurin dar, welche sowohl beratend in der staatlichen Migrationspolitik mitwirkt als auch mit einer Publikationsreihe, einer Zeitschrift sowie mit Medieninformationen zu aktuellen Anlässen in der Debatte rund um Themen der Migration fortlaufend Stellung bezieht.

Der Forschungsauftrag ging unter anderem von der Arbeitshypothese seitens der EKM aus, dass es sich beim sich anbahnenden Abstimmungskampf um die Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» (über die am 1. Juni 2008 abgestimmt wurde) vor allem um einen spezifischen Fall von Identitätspolitik handle, die schon seit längerer Zeit von politisch rechtsstehenden Akteuren «betrieben» werde, allen voran von der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Das Ziel des Auftrags war es, die Debatte, so wie sie in den Printmedien und von den politischen Akteuren geführt wurde, auf diese identitätspolitischen Aspekte zu untersuchen.⁶ Die EKM als Akteurin, die sich in staatlichem Auftrag auch um die von der Volksinitiative betroffene Einbürgerungsthematik kümmert, hat ein pragmatisches Interesse an sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen über die Akteure in diesem Feld.

Von diesem pragmatischen Kontext resp. von aus diesem Kontext heraus gesetzten Fokus gilt es sich jedoch aus zwei Gründen für die vorliegende Analyse zu lösen. *Einerseits* erweist sich prinzipiell die Vermischung von Analyse- und Praxiskategorien für die Forschung als nicht unproblematisch. Im vorliegenden Fall sind die meisten der zentralen Begriffe, insbesondere «Identität» resp. «Identitätspolitik», «Nation», «Demokratie» und «Staatsbürgerschaft» zugleich Kategorien der gesellschaftlich-politischen Alltagspraxis *und* der sozialwissenschaftlichen Analyse. Mit dem Aufgreifen solcher Begriffe läuft die Analyse Gefahr, die Phänomene, die sie untersucht, zu verdinglichen und damit in einer *problematischen* Art und Weise zu reproduzieren. Diese Problematik zeigt sich in der bestehenden Forschung unter anderem in der Vermischung von akademisch korrekter, «konstruktivistischer» Sprache und einer essentialisierenden Argumentation,

5. Quelle: Beschreibung der Themen unter: <http://www.ekm.admin.ch/de/themen/index.php>; Stand: 01.04.2011.

6. Vgl. den aus diesem Forschungsauftrag resultierenden Artikel in der von der EKM herausgegebenen Zeitschrift *Terra Cognita* (Elliker et al. 2008) sowie den Forschungsbericht zu Handen der EKM (Elliker et al. 2009).

die teilweise daher rührt, dass Autoren sowohl in der gesellschaftlich-politischen Praxis als auch im Feld der wissenschaftlichen Analyse tätig sind (vgl. dazu Brubaker & Cooper 2007).

Diese Problematik kann, *andererseits*, am Beispiel des Begriffs der ‚Identitätspolitik‘ resp. ‚Identität‘ verdeutlicht werden. Der Analysefokus ‚Identitätspolitik‘ wurde von der Auftraggeberin der Studie, der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM), vorgegeben. Wie erwähnt war die EKM als Akteurin an der Debatte rund um die Volksinitiative beteiligt und war daher erstens aus handlungspragmatischen Gründen am Wissen über andere Akteure interessiert und hat zweitens die Debatte selbst als identitätspolitische Debatte aufgefasst. Es soll an dieser Stelle weniger um die gesellschaftspolitische Bedeutung von ‚Identitätspolitik‘ gehen. Wie Brubaker und Cooper feststellen ist das Vorhaben, «Menschen zu überzeugen, dass sie eins seien, dass sie eine abgegrenzte, unverwechselbare, solidarische Gruppe bildeten, dass ihre internen Differenzen wenigstens für das zu erreichende Ziel keine Rolle spielten – all das ist ein normaler und notwendiger Teil der Politik und nicht nur dessen, was gewöhnlich als ‚Identitätspolitik‘ bezeichnet wird. Aber Politik ist mehr als nur das [...]» (ebda., S. 91). Mit dem Aufgreifen des Begriffs läuft diese Studie in einem gewissen Sinn ‚Gefahr‘, den Fokus vorschnell zu verengen und damit weiter dazu beizutragen, dass «routinemässig auf identitäre Deutungsmuster zurückgegriffen wird und damit andere ebenso wichtige Möglichkeiten, politische Forderungen zu formulieren, zurückgedrängt werden» (ebda., S. 91f.).

Der Begriff, so wertvoll er für die politische Praxis sein mag, ist mit verdinglichenden Konnotationen belastet. Unter dem Begriff der ‚Identität‘ werden eine Vielzahl von heterogenen und zum Teil sich widersprechenden Konzepten verstanden. Nach Brubaker und Cooper (ebda.) – und ähnlich auch nach Reckwitz (2003) – lassen sich sog. ‚starke‘ und ‚schwache‘ Konzeptionen von Identität unterscheiden. Starke Konzeptionen von Identität gehen u. a. von der Annahme aus, dass Identität etwas ist, «was alle Menschen» oder «alle Gruppen (wenigstens Gruppen einer bestimmten Sorte – zum Beispiel ethnische, rassische oder nationale) haben oder haben sollten» (Brubaker & Cooper 2007, S. 61). Sog. schwache Konzeptionen brechen explizit mit dieser Bedeutung des Begriffs und bezeichnen Identität u. a. als «multipel, instabil, im Fluss, zufällig, fragmentiert, konstruiert» (ebda., S. 62). Bürdet man dem Begriff ‚Identität‘ all die damit verbundenen konzeptuellen und theoretischen Aufgaben auf, ist er zu vieldeutig und überfrachtet, um als griffiges Werkzeug für die Analyse zu taugen. Ich greife daher auf Brubakers Vorschlag zurück, statt ‚Identität‘ andere Begriffe zu verwenden, die nicht mit verdinglichenden Konnotationen belastet sind. Für das vorliegende Projekt sind insbesondere die Begriffe Identifikation und Kategori-

sierung von Bedeutung. Identifizieren wird damit als aktiver Prozess bezeichnet, der nicht notwendigerweise in eine innere Gleichheit und abgegrenzte Gruppenidentität mündet. Die Kraft solcher Prozesse muss nicht nur auf Aussagen von bestimmten mehr oder weniger mächtigen Akteuren beruhen, sondern kann sich ebenso sehr aus der quasi «anonymen» Durchdringung öffentlicher Erzählungen durch Diskurse speisen. Damit wird auch deutlich, dass mit einer solchen Konzeption ein in Alltag und Wissenschaft immer noch gebräuchlicher «Grupismus» vermieden wird, der Kategorien mit mehr oder weniger als Einheit gedachten Gruppen verwechselt resp. mit diesen gleichsetzt (vgl. dazu auch die Ausführungen zur «Ethnizität ohne Gruppen» bei Brubaker 2007a; Brubaker 2007b). Um nochmals mit Brubaker und Cooper zu sprechen: Das alltägliche «Reden von «Identität» und «Identitätspolitik» ist ein reales und wichtiges Phänomen. Aber die gegenwärtige Bedeutung der «Identität» als Praxiskategorie macht es nicht erforderlich, sie auch als Analysekategorie zu verwenden» (Brubaker & Cooper 2007, S. 62). Es gilt daher, den Fokus über das nicht unproblematische Konzept der «Identitätspolitik» hinaus zu erweitern. Praxiskategorien *können* wertvolle Analysekonzepte darstellen. Allerdings bedarf es dazu einer konsequenten Reformulierung auf wissenssoziologischer Grundlage, die über einen «klischeehaften Konstruktivismus» (ebda.) hinausgeht.

2.2 Interpretative Analytik

Der vorliegende Forschungsgegenstand wird daher konsequent interpretativ aufgefasst (vgl. Brubaker 2007a und Wimmer 2008). Dieses Projekt schliesst damit an das wissenssoziologische Programm an, wie es Peter L. Berger und Thomas Luckmann (2000) auf Grundlage von Alfred Schütz' phänomenologischer Lebensweltanalyse (Schütz 2004, Schütz & Luckmann 1975, 1984) sowie der Weber'schen und Durkheim'schen Soziologie formuliert haben. Grundlegend ist dabei die Einsicht, dass soziale Praktiken und insbesondere Interaktionsprozesse immer mit Verstehensprozessen verbunden sind. «Dinge» gibt es nicht «an sich», sondern werden für die Akteure nur als Phänomene in ihrer Wahrnehmung relevant. Sie können aber, im Laufe der Zeit, in wechselseitiger Interaktion «objektiviert» und auf «Dauer gestellt» werden, also zu etwas Selbstverständlichem gerinnen und damit, werden sie im Handeln aufgegriffen, strukturierende Wirkung entfalten. Diese gesellschaftlichen Prozesse der Objektivation stehen im Fokus der Analyse: Es soll nicht untersucht werden, welche Akteure, Argumente, Interessen, strategisch-taktische Absichten etc. es «wirklich» gibt (womit nicht in Abrede gestellt wird, dass es sie gibt), sondern wie und auf welcher Grundlage

(d.h. auch: auf Grundlage welcher vorobjektivierter Wissensbestände) die zur Debatte stehenden Phänomene konstruiert und reifiziert werden. Die in dieser Tradition des interpretativen Paradigmas stehenden Forschungsansätze zeichnen sich durch eine erhöhte Sensibilität sowohl für die Sinnadäquanz sozialwissenschaftlicher Konstruktionen als auch für die Kontextabhängigkeit und Indexikalität gesellschaftlichen Handelns aus (vgl. Eberle 1999c); die entsprechenden Studien waren denn überwiegend auf Mikrosettings fokussiert (vgl. zum Befund in der Soziologie Eberle 1999b), in welchen das Handeln und Deuten konkreter Akteure in unmittelbaren, aber auch mittelbaren kommunikativen Kontexten untersucht wurde (vgl. exemplarisch Knoblauch 1996; Hitzler & Honer 1986; Amann & Hirschauer 1999; Maeder 1995; Maeder & Nadai 2004). Die wissenssoziologische Diskursanalyse versucht, die einseitige Ausrichtung auf Mikrosettings zu überwinden und den Blick wieder auf grössere gesellschaftliche Zusammenhänge zu richten. Sie knüpft dazu insbesondere an die Arbeiten von Michel Foucault an (etwa 1971, 1973, 1974) und überführt dessen Überlegungen in ein wissenssoziologisches Forschungsprogramm. Beschäftigt man sich aus einer solchen diskursanalytischen Perspektive mit ausgewählten Artefakten als den Dokumenten von Wirklichkeit, so bedeutet das vor allem, «sie als Diskursfragmente zu verstehen, das heisst, sie im Hinblick auf ihre Bedeutung und Funktion in einem Diskurs und gegenüber anderen Diskursen im breiteren soziohistorischen Kontext zu analysieren» (Keller 1997, S. 318). Damit eröffnet sich für die wissenssoziologische Diskursanalyse eine Vielfalt möglicher Forschungsfragen. Der hier gewählte Fokus auf die massenmediale und politische Debatte rückt aus soziologischer Perspektive einen zentralen «Raum» moderner Gesellschaften in den Mittelpunkt: die politische und mediale Öffentlichkeit, wobei Öffentlichkeit als derjenige «Raum» zu verstehen ist, «in dem Gesellschaften sich ihrer Existenz als Gesellschaften bewusst werden» (Imhof et al. 1993a). Damit sind die vorliegend untersuchten Diskurse immer auch als öffentliche Diskurse zu verstehen, die sich im Hinblick auf die Volksabstimmung reproduzieren. Das vorliegende Projekt verfolgt diesbezüglich zwei Stossrichtungen. Zum einen verfolgt es das prinzipielle Ziel der wissenssoziologischen Diskursanalyse, den thematisch-inhaltlichen Zusammenhang jener Diskurse in typisierender Weise zu rekonstruieren, die das vorliegende empirische Material strukturieren: Im Sinne der Grounded Theory werden die entscheidenden Diskurselemente aus dem empirischen Material erschlossen. Mit dieser konsequent empirischen Wendung des Forschungsgegenstandes wird sichergestellt, dass der Blick durch eine bestimmte thematische Fokussierung nicht auf allfällige andere, relevante Bedeutungsdimensionen verstellt wird. Die zweite Stossrichtung dieser Analyse besteht daher darin, erstens – wie oben dargestellt – den Blick vom Konzept der «Identitätspolitik» zu lösen und aus

der Vielfalt unterschiedlich(st)er sich anbietender Konzepte die Auswahl der sinnadäquaten Anknüpfungsmöglichkeiten nicht *vorab* theoretisch festzulegen, sondern in einem steten wechselseitigen «Befremdungsprozess» (Hirschauer & Amann 1997) zwischen materialimmanenter Rekonstruktion und theoretischer Betrachtung aus dem Material selbst heraus zu erschliessen.

Die in den Kapiteln 3 und 4 folgenden Ausführungen umreißen den Gegenstand der Untersuchung näher. Kapitel 3 schildert die Vorgeschichte der Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» und den Entscheid des Bundesgerichts, auf den in der Debatte immer wieder verwiesen wird, der aber auch – diskursimmanent – als Grund für die Lancierung dieser Initiative angegeben wird. In Kapitel 4 wird die zur Debatte stehende Thematik der Staatsbürgerschaft und der Einbürgerung aus einer soziologischen Perspektive betrachtet und der aus dieser Perspektive sich auffächernde Raum erwartbarer, diskursiv relevanter Bedeutungsdimensionen und Themen dargestellt. Kapitel 5 stellt danach unterschiedliche, bestehende analytische und empirische Zugänge zur Thematik vor, legt das Forschungsprogramm der wissenssoziologischen Diskursanalyse detaillierter dar, schildert die damit verbundenen Analysekategorien, die methodischen Strategien der Interpretation sowie die Strategie der Datenselektion.

Demokratie in Grenzen

Zur diskursiven Strukturierung gesellschaftlicher
Zugehörigkeit

Elliker, F.

2013, XIV, 312 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-00701-0